

Mitglied CDU-Fraktion

Ausschussmitglied Ursula Biester
Ausschussmitglied Brigitte Klee

Mitglied SPD-Fraktion

Stellv. Ausschussvorsitzende Nurhayat Bakir
Ausschussvorsitzender Uwe Reese

Mitglied Gruppe Grüne/WBV/Piraten

Ausschussmitglied Rainer Büscher
Ausschussmitglied Sigrid Linsen-Steiner

Mitglied UWG WHV-Fraktion

Ausschussmitglied Frank Uwe Walpurgis

Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände WHV

beratendes Mitglied Petra Meyer-Machtemes
beratendes Mitglied Joachim Stasch

Fachbereich Soziales

Fachbereichsleiter Jörg Sieberns
Stellv. Fachbereichsleiter Peter Albers

Gesundheitsamt

Verwaltungsleiter Michael Dölling

Protokollführerin

Protokollführerin Susanne Bödeker

Gäste

Herr Pfaus (GPS)
Herr M. Koch (50)
1 Pressevertreterin (Wilhelmshavener Zeitung)

Es fehlte entschuldigt

beratendes Mitglied Al-Chafia Hammadi
Ausschussmitglied Petra Kolbe

Ausschussmitglied Helmut Möhle
Grundmandat Helga Weinstock

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 27.09.2012
- 4 Mitteilungen und Anfragen
- 4.1 Vorstellung der GPS Wilhelmshaven durch den Geschäftsführer, Herrn Manfred Pfaus
- 4.2 Produktberichte der Fachbereiche 50 und 53 nach dem Stand vom 31.08.2012 .
- 4.3 Sachstand der Methadonvergabe in Wilhelmshaven
- 4.4 Integrationslotsen
- 4.5 Defibrillatorenstadtplan
- 4.6 Asylbewerberleistungsgesetz
- 6.1 Seminare

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Herr Reese, eröffnete die Sitzung und stellte die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde festgestellt.

- 3 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 27.09.2012

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 27.09.2012 wird genehmigt.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

- 4 Mitteilungen und Anfragen

4.1 Vorstellung der GPS Wilhelmshaven durch den Geschäftsführer, Herrn Manfred Pfaus

Herr Pfaus stellte die Geschäftsfelder der GPS mit einer Powerpoint-Präsentation (s. Anlage) ausführlich vor.

Auf Nachfrage erklärte Herr Pfaus, dass er die Idee der Inklusion grundsätzlich positiv bewerte, jedoch brauche die eigentliche Umsetzung und die Schaffung der Voraussetzungen längere Zeit. Die vorhandenen Sondereinrichtungen, wie z.B. der Heilpädagogische Kindergarten, dürfe man erst dann in Frage stellen, wenn die Inklusion erfolgreich umgesetzt sei. Ansonsten fehlten später die entsprechenden Einrichtungen für Personen, die besonderer Hilfe bedürften.

Die GPS beschäftige 1.200 MitarbeiterInnen, davon ca. 90 % Fachkräfte. Für das Jahr 2013 plane man Umsatzerlöse in einer Größenordnung von 53 Mio. €.

Im vergangenen Jahr sei ein Überschuss von ca. 1 Mio. € erwirtschaftet worden. Dieser Gewinn werde - wie in den Vorjahren auch - in die Weiterentwicklung von Einrichtungen gesteckt.

Die Bezahlung der MitarbeiterInnen erfolgte bis vor 8 Jahren nach einem Haustarifvertrag in Anlehnung an die Regelungen für den Öffentlichen Dienst.

Um am Markt weiterhin wettbewerbsfähig zu bleiben, sei die Notwendigkeit erwachsen, die Personalkosten zu reduzieren. Aus diesem Grund sei der Tarifvertrag gekündigt worden, die Gewerkschaften aber nicht zu einem neuen Vertrag bereit gewesen. Nun gelte der alte Tarifvertrag für ca. 50% der MitarbeiterInnen weiter, für die andere Hälfte gelte eine neue Betriebsvereinbarung. Diese Vereinbarung biete weiterhin gute Bedingungen, jedoch geringere Einkommen als vorher.

Auf Nachfrage von Herrn Walpurgis informierte Herr Pfaus, dass die Werkstätten ein Auftragsvolumen von ca. 2,5 Mio. € aufwiesen. Der Lohn werde zum größten Teil über die Arbeit erwirtschaftet, die Betreuungskosten vom Fachbereich Soziales gezahlt.

4.2 Produktberichte der Fachbereiche 50 und 53 nach dem Stand vom 31.08.2012

Herr Albers informierte, dass die Zielplanung bei sämtlichen Produkten nicht gefährdet sei.
Er stellte die einzelnen Produkte inhaltlich vor.

Produktnummer 31.11.10 (laufende Leistungen)

§ 27a SGB XII

Es handele sich um Personen, bei denen eine Erwerbsunfähigkeit auf Zeit festgestellt worden sei.

Bei diesem Produkt ergeben sich Aufwendungen in Höhe von 2,5 Mio. €.

Produktnummer 31.13.21 (Hilfe zu einer angemessenen Schulbildung)

§§ 53, 54 SGB XII i.V.m. SGB IX

Dies beinhalte z.B. die ambulante Autistenambulanz der GPS oder die Blindeninstitutsstiftung.

Die 3,60 Mio. € Planung verringerten sich durch gesunkene Fallzahlen auf 3,40 Mio. € ordentliche Aufwendungen, wovon 2,60 Mio. € auf den stationären und teilstationären sowie 0,80 Mio. € auf den ambulanten Bereich (z.B. Integrationsassistenten) entfielen.

Herr Albers ergänzte, dass das Hilfeplanverfahren optimiert werden solle. Man habe damit in 2012 im Bereich „Wohnen“ begonnen und beabsichtige eine Ausdehnung auf weitere Bereiche der Eingliederungshilfe.

Dazu würde zuerst der Bedarf festgestellt und Ansprüche nach dem Gesetz festgesetzt. Im Bereich der Eingliederungshilfe werde das Instrument der Hilfeplanung (mit Beteiligung des Kostenträgers) eingesetzt, um das bestmögliche Ergebnis für den behinderten Menschen zu erreichen. Im Mittelpunkt stehe der Mensch und nicht die Kosten. Unter Umständen erreiche man so, dass Personen ambulant statt stationär betreut werden können, was eine optimalere Leistung mit weniger Kosten bedeuten könne.

Herr Sieberns ergänzte, dass die Firma CONSENS den Bereich der Eingliederungshilfe untersucht und festgestellt habe, dass die Hilfeplanung intensiviert werden müsse. Aus diesem Grund habe man bereits Teilhabemanager eingestellt und werde dies in 2013/14 fortsetzen. Nur so können Ausgabesteigerungen gedämpft werden und der Anstieg werde verringert.

Produktnummer 31.13.41 (Leistungen in anerk. Werkstätten)

§§ 53, 54 SGB XII i.V.m. § 33 SGB IX

Die Planung verringere sich um ca. 300.000,- €.

Frau Linsen-Steiner fragte nach, warum man mit steigenden Fallzahlen plane, obwohl die Bevölkerung abnehme. Viele Eltern entschieden sich heute eher, ein behindertes Kind nicht auszutragen. Sie vermutete einen Zusammenhang mit dem zunehmenden Leistungsdruck in der Gesellschaft.

Herr Pfaus nannte als einen möglichen Grund die Verbesserung der medizinischen Versorgung im Bereich der (Lebend-)Geburten. Weiterhin habe man in Wilhelmshaven den Bereich der Zuwanderung von bestimmten Personengruppen (u.a. begründet im günstigen Wohnraum und guten Hilfsangeboten).

Frau Meyer-Machtemes gab zu bedenken, dass die Eingliederungshilfe nicht nur körperliche und geistige Behinderungen umfasse, sondern auch seelische. Gerade hier lasse sich eine steigende Fallzahl feststellen.

Produktnummer 31.13.62 (Heilpädagogische Leistungen für Kinder)

Dieser Bereich umfasse z.B. die Frühförderung, die Sonder- und Integrationskindergärten oder den Heilpädagogischen Kindergarten. Es sei eine Verbesserung um 200.000,- € zu verzeichnen.

Produktnummer 31.13.66 (Hilfen zum selbstbestimmten Leben)

Es handele sich um größtenteils stationäre Leistungen. Eine Verbesserung um ca. 750.000,- € sei zu erwarten.

Produktnummer 31.16.10 (Leistungen nach dem 4. Kapitel SGB XI)

§§ 41 ff SGB XII

Es handele sich um den Personenkreis der dauerhaft erwerbsunfähigen Personen und der Personen im Rentenalter (Grundsicherung).

Durch eine Zunahme der Zahlfälle sei eine Verschlechterung von 150.000,- € zu erwarten.

Produktnummer 31.21.10 (Leistungen für Unterkunft und Heizung)

Herr Sieberns erklärte, dass man die Miethöchstbeträge alle 2 Jahre überprüfe. Einen Teil der Aufwendungen von ca. 24 Mio. € erstatte der Bund.

Vergleiche man die Produktberichte von April und August, so seien höhere Beträge festzustellen, was aber ausschließlich auf eine buchungstechnische Notwendigkeit zurückzuführen sei. Laut Vorgabe des Landes seien die Aufwendungen für das Bildungs- und Teilhabepaket, welches in der Zuständigkeit des Jugendamtes liege, bei dem Produkt „Leistungen für Unterkunft und Heizung“ zu buchen.

Frau Meyer-Machtemes fiel auf, dass man über 300 Bedarfsgemeinschaften weniger ausweise, obwohl man (durch Zuzüge oder schlecht vermittelbare Personenkreise) einen Trend nach oben vermuten würde. Die Gründe hierfür solle man in einer der nächsten Sitzungen mit Vertretern des Jobcenters erörtern.

Herr Dölling stellte die Produktberichte zum Infektionsschutz und dem Gutachtenwesen vor. Insgesamt sei die Zielplanung nicht gefährdet.

4.3 Sachstand der Methadonvergabe in Wilhelmshaven

Herr Reese informierte, dass die Eröffnung der Methadonpraxis bevorstehe. Die erste Mietzahlung sei erfolgt, der Vertragsentwurf unterschriftsreif.

Herrn Abelmann fehle noch ein Spendergerät mit Dosierungsvorrichtung.

4.4 Integrationslotsen

Herr Walpurgis berichtete, dass er von den Integrationslotsen angesprochen wurde. Diese seien enttäuscht von der Stadt, weil sie kein Feedback auf ein Schreiben vom letzten Jahr erhalten hätten. Die Lotsen wünschten sich eine Wiederbesetzung der Stelle von Frau Janss in der Migrationsberatung und eine höhere Zahl von

Betreuungsaufträgen.

Frau Klee informierte als Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses, dass es derzeit bis zu 25 ehrenamtliche Lotsen in Wilhelmshaven gebe. Demgegenüber stünden lediglich 15 Nachfragen.

Herr Reese vermutete, dass die Stadt über den Bedarf ausgebildet habe.

Herr Sieberns und Frau Meyer-Machtemes widersprachen dieser Schlussfolgerung. Man müsse damit rechnen, dass in der Zukunft wieder mehr Asylbewerber in die Stadt kommen und der Bedarf steige. Außerdem sei der Beratungsbedarf in den Vorjahren sehr viel höher gewesen, als nun in 2012.

Herr Pfaus regte an, den Integrationslotsen anzubieten, Aufgaben in der sog. Freiwilligenagentur wahrzunehmen, in der sich Ehrenamtliche in vielen verschiedenen Bereichen engagierten.

4.5 Defibrillatorenstadtplan

Herr Walpurgis bat um Aufnahme des Themas auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung. In Oldenburg könne man die Stationen im Internet auf einem Stadtplan nachvollziehen.

4.6 Asylbewerberleistungsgesetz

Herr Reese erklärte, dass im Jahr 2012 im Asylbereich bisher in 11 Fällen Widersprüche eingelegt worden seien, von denen sich aber kein Widerspruch gegen das System der Wertgutscheine gerichtet habe.

6.1 Seminare

Herr Sieberns informierte, dass das Seminar für die Ausschussmitglieder Anfang des nächsten Jahres stattfinden solle. Die Ausschussmitglieder baten darum, einen Termin erst für die Zeit nach den Landtagswahlen abzustimmen.